

Germany-Munich: Architectural, engineering and planning services

OJ S 163/2018 25/08/2018

Contract notice

Supplies

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Freistaat Bayern – Regierung von Oberbayern – Zentrale Vergabestelle

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postal code: 80538

Country: Germany

E-mail: zentrale.vergabestelle@reg-ob.bayern.de

Fax: +49 892176404100

Internet address(es):

Main address: <http://www.auftraege.bayern.de>

I.2. Information about joint procurement

The contract is awarded by a central purchasing body

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.eprocurement.bayern.de/evergabe.bieter//DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=vPDVgi3Oql8%3d>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.auftraege.bayern.de>

I.4. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Machbarkeitsstudie zum Bahnausbau in der Region München

Reference number: 0270.ZV-11-25-18

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3.

Type of contract

Supplies

II.1.4. Short description

Rahmenvereinbarung zur Erstellung von Machbarkeitsstudien zum Bahnausbau in der Region München

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 1,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: München

II.2.4. Description of the procurement

Die Metropolregion München und ganz Südbayern zählen zu den Wachstumsregionen in Deutschland. Der damit einhergehenden wachsenden Mobilität müssen leistungsfähige Verkehrswege zur Verfügung stehen, wobei das Mobilitätswachstum ökologisch sinnvoll gestaltet werden muss. Hier kommt dem Schienenverkehr und insbesondere der S-Bahn als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs zwischen der Landeshauptstadt München und der Region München eine herausragende Rolle zu. Vor diesem Hintergrund wurde Ende 2016 eine Entscheidung über die Realisierung einer 2. Stammstrecke in München getroffen. Sie ist eine – wenn auch wesentliche – Maßnahme für den vom Freistaat Bayern vorgesehenen Bahnausbau in der Region München. Das Programm zum Bahnausbau Region München beschreibt die Eckpunkte für die zukünftige Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in der Metropolregion München und Südbayern.

Das Programm umfasst derzeit 28 Maßnahmen. 23 dieser Maßnahmen befinden sich bereits in der konkreten Planung bzw. in der Realisierung, darunter auch die 2. Stammstrecke als Kernstück mit ihren sieben sogenannten netzergänzenden Maßnahmen.

Weitere Informationen über den Bahnausbau in der Region München finden Sie im Internet auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr unter <https://www.verkehr.bayern.de/vum/schiene/infrastruktur/index.php> sowie der Homepage der DB Netz AG unter <https://www.bahnausbau-muenchen.de>

Der Freistaat Bayern berücksichtigt in der weiteren Programmkonkretisierung die Aufgaben der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG). Die BEG plant im Auftrag und nach den Vorgaben des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr den gesamten SPNV in Bayern. Hierzu vergibt die BEG Verkehrsleistungen im Wettbewerb an die Eisenbahnverkehrsunternehmen. Der Abschluss dieser Verkehrsverträge erfordert eine abgestimmte und möglichst über viele Jahre im Voraus vorhersehbare Entwicklung von zusätzlicher Eisenbahninfrastruktur. Aus diesem Grunde wird die BEG bereits bei den Prozessen zur Untersuchung, Abstimmung und Bewertung der künftigen Ausbaumaßnahmen fest einbezogen.

Im Hinblick auf die weitere Programmkonkretisierung sollen weitere 26 Einzelmaßnahmen in einer „Machbarkeitsstudie für den Bahnausbau in der Region München“ entwickelt und auf

ihre bautechnische und eisenbahnbetriebliche Machbarkeit untersucht werden. Diese Machbarkeitsstudie ist Gegenstand dieser Ausschreibung mit der das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr fachkompetente und zuverlässige Ingenieure sucht, die diese Machbarkeitsstudien erarbeiten.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Konzept der Fachplanungen des Bieters / Weighting: 50 %

Price - Weighting: 50 %

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 1,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/12/2018 End: 30/11/2022

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Angabe über Ausschlussgründe gemäß § 42 VgV in Verbindung mit § 123 und § 124 GWB:

Mit dem Formblatt L 124 EU wird bestätigt, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß den §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen.

Im Formblatt L 124 EU wird bestätigt, dass in den letzten 2 Jahren nicht

— gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder

— gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder

— gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz.

Mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 EUR verhängt worden ist.

Ab einer Auftragssumme von 30 000 EUR wird der Auftraggeber von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Falls Sie die vorstehenden Erklärungen nur eingeschränkt abgeben können, ist auf einer eigens zu erstellenden gesonderten Anlage darzulegen, welche Ausschlussgründe betroffen

sind und welche Maßnahmen zur Selbstreinigung im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 1 und § 123 Abs. 4 Satz 2 GWB ergriffen wurden.

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation:

Im Formblatt L 124 EU ist zu erklären, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Im Formblatt L 124 EU ist zu erklären, ob ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Dieser wird auf Verlangen vorgelegt.

Angabe zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung:

Im Formblatt L 124 EU ist zu erklären, ob die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt worden ist.

Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen, wird eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit der Betrieb beitragspflichtig ist), eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48 EStG auf gesonderte Verlangen vorgelegt.

Eintragung in das Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Herkunftsstaats / Niederlassungsstaats oder vergleichbare Nachweise.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, wird zur Bestätigung eine Erklärung auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorgelegt:

Gewerbeanmeldung, Berufs-/Handelsregistrauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer oder anderweitige sonstige Nachweise.

Dem Bieter/Teilnehmer der Bietergemeinschaft ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen oder Nachweise auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der dann gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und das Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden.

Der Bieter/Teilnehmer der Bietergemeinschaft bestätigt ausdrücklich, dass er über die vorstehend verlangten wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügt.

Ferner, dass er über die vorstehend verlangten personellen und technischen Mittel sowie über ausreichende Erfahrungen verfügt, um den Auftrag in angemessener Qualität ausführen zu können.

Ferner dass ihm bekannt ist, dass ein Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren erfolgt, wenn in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungsnachweise Täuschungen begangen, Auskünfte zurückgehalten oder die erforderlichen Nachweise nicht übermittelt werden.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Eigenerklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in bestimmter geeigneter Höhe
Es wird versichert, dass im Auftragsfall eine Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 5 000 000 EUR pro Jahr (2fach maximiert), für sonstige Schäden (Sachschäden) in Höhe von mindestens 5 000 000 EUR pro Jahr (2fach maximiert) und für Vermögensschäden in Höhe von mindestens 5 000 000 EUR pro Jahr (2fach maximiert) spätestens zum Leistungsbeginn und während der gesamten Laufzeit des Vertrags incl. des Gewährleistungszeitraums vorbehalten wird.

Eine entsprechende schriftliche Zusicherung der Versicherungsgesellschaft (dass eine Versicherung in gefordertem Umfang und Höhe abgeschlossen werden kann) oder einen entsprechenden Versicherungsnachweis (sofern eine Versicherung in gefordertem Umfang und Höhe bereits besteht), wird auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorgelegt.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Vorlage geeigneter Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen. Der Auftraggeber akzeptiert auch Referenzen, welche mehr als 3 Jahre zurückliegen. Der Auftraggeber erklärt, dass in mindestens 3 Fällen vergleichbare Leistungen erbracht worden sind. Bei den Referenzen sind Angaben zu Leistung, Auftragswert, Liefer- bzw. Erbringungszeitpunkt und zum Auftraggeber zu machen.

Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen, wird für die oben genannten Leistungen Bescheinigungen über die ordnungsgemäße Ausführung und das Ergebnis der Leistungen vor Zuschlagserteilung gem. Formblatt 444 vorgelegt.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The procurement involves the establishment of a framework agreement
Framework agreement with a single operator

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 24/09/2018 Local time: 11:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 30/11/2018

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 24/09/2018 Local time: 11:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

VI.3. Additional information

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern – Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstr. 39

Town: München

Postal code: 80538

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telephone: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Der Antrag ist zulässig solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei der Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

VI.5. Date of dispatch of this notice

23/08/2018